

## **Zeitleiste**

beginnend mit 2002

### **Bis 2002**

Direktversicherungen werden pauschal versteuert, sind aber beitragsfrei. Auf Wunsch kann der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer die Möglichkeit einräumen, einen Teil des Entgelts in eine Altersvorsorge umzuwandeln, er muss aber nicht.

### **2002**

Der Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet, dem Wunsch seines Arbeitnehmers nach Entgeltumwandlung nachzukommen. Ab 2002 abgeschlossene Direktversicherungen sind in der Einzahlungsphase (bis zu einem Limit von vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze) steuer- und sozialabgabenfrei; bei Auszahlung muss der Direktversicherte dann den Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil an den Krankenkassenbeiträgen sowie seinen individuellen Steuersatz in voller Höhe zahlen.

### **2003**

Das „Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung“ (GMG) wird von der damaligen rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder (SPD) erarbeitet.

Februar 2003

Seit Februar saßen Beamte des Bundesgesundheitsministerium (BMG) an einem Entwurf zum GMG. Die „komprimierte Fassung eines Entwurfes“ war am 8. Mai 2003 fertig. Die Feder bei diesem Entwurf führte Franz Knieps, heute Vorsitzender des Dachverbands der Betriebskrankenkasse (BKK), damals Leiter der entsprechenden Abteilung beim BMG.

21./22.7.2003

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und Horst Seehofer (CSU) einigen sich nach „Geheimverhandlungen“ auf einen Konsens und die Einführung des GMG.

26.9.2003

2. und 3. Lesung des Gesetzesentwurfs. Das Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) passiert den Bundestag – 574 stimmten für den Gesetzesentwurf, 54 dagegen, vor allem die FDP. Schröder und sein SPD-Generalsekretär Olaf Scholz rügten die Abweichler in der eigenen Partei.

14.11.2003

Das Gesetz wird verkündet.

## **2004**

1.1.2004

Das GMG tritt in Kraft, ohne Bestandsschutz und rückwirkend. Weder Krankenkassen noch Versicherungen noch Arbeitgeber noch Gewerkschaften informierten über die Folgen des Gesetzes.

## **2004 – 2005**

Die ersten kritischen Berichte erscheinen in Tageszeitungen und Magazinen.

## **2005 – 2014**

Nach dem die Direktversicherungen ausgezahlt wurden, folgen unmittelbar die Forderungen der Krankenkassen zur Zahlung von Sozialabgaben in voller Höhe – und damit das böse Erwachen der Betroffenen. Den Direktversicherungsgeschädigte dämmert, wie sie von Rot-Grün-Schwarz über den Tisch gezogen wurden.

## **2014**

Einige klagen, andere schreiben Petitionen, wieder andere wenden sich an ihre Bundestagsabgeordneten. Weil die Klagen und Einzelaktionen ins Leere liefen, gründen Betroffene die Interessengemeinschaft GMG-Geschädigte-Direktversicherte.

## **2015**

22.9.2015

Antrag der FDP „Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge – Entlastung bei den Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung“.  
Drucksache 16/9789

10.10.2015

Gerhard Kieseheuer gründet zusammen mit anderen Betroffenen den Verein der Direktversicherungsgeschädigten.

14.10.2015

Antrag DIE LINKE - Gerechte Krankenversicherungsbeiträge für Direktversicherungen und Versorgungsbezüge - Doppelverbeitragung vermeiden  
Drucksache 18/6364

3.11.2015

Antrag Fraktion der FDP Niedersachsen: Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge - Entlastung für Versicherte und Unternehmen

10.-12.12.2015

Ordentlicher Bundesparteitag der SPD

Es wurde vom Unterbezirk München Stadt der Antrag auf Abschaffung der Beitragspflicht gestellt: <http://parteitag.spd.de/> - Antragsbuch Seite 649.

Hier steht folgendes: "S 24 Abschaffung der KV-Beitragszahlungen auf betriebliche Alterssicherungen. Die SPD-Fraktion im Bundestag wird aufgefordert, eine Gesetzes-Initiative zur Abschaffung der KV-Beitragszahlungspflicht auf betriebliche Alterssicherungen (Direktversicherungen) zu ergreifen."

13.-15.12.15

28. Parteitag der CDU: Senioren-CDU fordert: „Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge verbessern.“

## **2016**

15.02.2016

FDP NRW: Ernst-Ulrich Alda: Ungerechtigkeit durch nachträgliche Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung beenden

23./24. April 2016

Beschluss des 67. Ordentlichen Bundesparteitags (Berlin) der FDP: Für eine moderne Altersvorsorge

5.11.16:

DIE GRÜNEN: Andreas Hofreiter fordert ferner zur Entlastung der Versicherten die Zusatzbeiträge so schnell wie möglich abzuschaffen und die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wieder zur Hälfte an den Krankenversicherungsbeiträgen zu beteiligen.

6./7.12.16

29. Bundesparteitag der CDU in Essen: Initiativantrag C159: „Keine doppelte Belastung bei der Auszahlung der privaten Lebens- und Rentenversicherungen“

12.11.16

Antrag des SPD-Unterbezirks Osnabrück-Stadt an die Bundestagsfraktion, der am 12. November 2016 in Osnabrück beschlossen wurde

Antragstext:

Wir bitten die Bundestagsfraktion, dafür einzutreten, dass die Regelungen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes dahingehend korrigiert werden, dass

- keine mehrfach- Beitragszahlungen zunächst vom Entgelt und dann von der Versicherungsleistung zu zahlen sind,

- bei Beitragspflicht der Arbeitnehmeranteil, aber nicht auch noch der Arbeitgeberanteil zu zahlen ist,
- die Altverträge vor 2004 Bestandsschutz erhalten.

5.12.16

KDV Lichtenberg stellt Antrag 03/III/2016 an SPD-Bundestagsfraktion auf "Verhinderung und Beseitigung von nachträglich hervorgerufenen "Doppelverbeitragungen" in der betrieblichen Altersversorgung"

## **2017**

26.6.17

Antragsbuch der SPD zum außerordentlichen Bundesparteitag in Dortmund  
[Antragsbuch SPD](#) Bitte lesen Sie hier auf Seite 877-Antragsbereich S/Antrag 46  
 Unterbezirk Landkreis Harburg (Bezirk Hannover)

8.9.17

Martin Schulz: Im Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 24. Juni 2017 heißt es:  
 „Wir setzen uns für die Abschaffung der „Doppelverbeitragung“ bei betrieblicher Altersvorsorge ein, also, dass Bezieher von Betriebsrenten nicht nur den Arbeitnehmer, sondern auch den Arbeitgeberanteil in der Kranken- und Pflegeversicherung zahlen müssen. [...] Gleichzeitig werden wir prüfen, ob die „Doppelverbeitragung“ bei bereits bestehenden Verträgen rückwirkend geändert werden kann.“

14.9.17

Pressemitteilung Berlin: Jürgen Coße MdB SPD setzt sich für die Abschaffung der Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten ein

12.12.17

Antrag DIE LINKE vom 12.12.17 an Deutschen Bundestag: "Gerechte Krankenversicherungsbeiträge für Betriebsrenten-Doppelverbeitragung abschaffen"  
 Drucksache 19/242 vom 12.12.2017

## **2018**

14.1.18

Antrag der SPD-Berlin: „Die 2004 eingeführte volle Verbeitragung von Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ist abzuschaffen“.

26.2.18

Hans-Jürgen Irmer (CDU-Landesverband Hessen) spricht Thema Direktversicherungen an bei Aussprache zum Koalitionsvertrag beim Bundesparteitag der CDU. In den nächsten

4 Jahren soll dieses Thema, was nicht im Koalitionsvertrag steht, nicht kleingeredet werden!

25.4.18

DVG e.V. als Sachverständiger zur öffentlichen Anhörung im Gesundheitsausschuss am 25.4.18 zum Antrag von DIE LINKE geladen

1./2.6.18

SPD-Landesparteitag: Antrag 141/I/2018 Die 2004 eingeführte volle Verbeitragung von Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ist abzuschaffen

11.6.18

"Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten abschaffen"  
Beschluss der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion vom

5.7.18

"Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten abschaffen!"  
Die SPD-Landesgruppen Niedersachsen und Bremen sprechen sich in einem Beschluss für die Abschaffung der Doppelverbeitragung bei den Betriebsrenten aus: „Wir wollen eine spürbare Entlastung der betrieblichen Altersversorgung und fordern daher die Abschaffung der Doppelverbeitragung für alle Bezieherinnen und Bezieher von Betriebsrenten“, fordert Johann Saathoff, Vorsitzender der SPD-Landesgruppen Niedersachsen/Bremen.

9.7.18

Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten abschaffen - Initiative der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten

11.7.18

Lothar Binding: Pressemitteilung: Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten abschaffen Initiative der SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg mit anderen Landesgruppen

20.9.18

"SPD-Vize Schäfer-Gümbel will Betriebsrenten entlasten"  
"Die hessische SPD will die Doppelbelastung von Betriebsrenten durch Krankenkassenbeiträge abschaffen. 2004 hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung die umstrittene Regelung selbst auf den Weg gebracht."

4.11. 18

Antrag der Freien Wähler „Altersvorsorgebetrug stoppen – keine Abzüge bei Betriebsrenten“ – Start einer Bundratsinitiative gegen Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten

26.11.18

Emmi Zeulner (CSU) fordert eine Halbierung des Beitrags auf Betriebsrenten oder einen Freibetrag statt einer Freigrenze.

5.12.18

Andrea Nahles: Schluss mit dem doppelten Beitrag bei Betriebsrenten!  
SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles fordert angesichts hoher Rücklagen der Krankenkassen ein Ende der so genannten Doppelverbeitragung bei Betriebsrentnern. Nun müsse Gesundheitsminister Spahn rasch handeln.

5.12.18

Antrag des CDU-Kreisverbands Minden-Lübbecke an den 31. CDU-Bundesparteitag „Ungerechtigkeit beseitigen und verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen“.

7./8.12.

Antrag der Mittelstandsvereinigung an den CDU Parteitag:

„Der CDU-Bundesparteitag möge beschließen:

Die CDU Deutschlands bekennt sich zum Drei-Säulen-Modell der Altersvorsorge und will die betriebliche Altersvorsorge stärken. Hierzu setzt sie folgende Maßnahmen um: Halber Beitrag in der Auszahlungsphase auf Betriebsrenten (u.a. die sog. Direktversicherungen) wird zukünftig nur noch der halbe Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung (Arbeitnehmeranteil) gezahlt. Freigrenze zum Freibetrag umwandeln Die bisherige Freigrenze für beitragspflichtige Einnahmen versicherungspflichtig Beschäftigter (derzeit 152,25 Euro) wird in einen Freibetrag umgewandelt.

7./8.12.18

Die Delegierten des 31. Bundesparteitages der CDU am 7./8.12.18 nehmen einen Antrag an, der eine Abschaffung der doppelten Sozialabgaben auf die private Altersvorsorge fordert.

13.12.18

Pressemitteilung Bundesvorsitzender der Senioren-Union, Prof. Otto Wulff, fordert schnelle Entlastung von Millionen Betriebsrentnern.

## **2019**

27.2.19

Der Arbeitsminister persönlich scheint sich der BAV anzunehmen: Nach einem Spitzentreffen will er neue Strukturen in Sachen Sozialpartnermodell schaffen und außerdem weiterhin die Doppelverbeitragung abschaffen. Eine Idee, wo das Geld für die Finanzierung herkommen könnte, hat er auch schon.

10.4.19

Bundeskanzlerin Angela Merkel erteilt bei einer Befragung im Bundestag der Abschaffung der Doppelverbeitragung eine Abfuhr: „Wir haben unter den prioritären Vorhaben leider keine Mittel dafür eingeplant“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel

26.-28.4.19

70. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP: "Doppelverbeitragung für alle Konzepte der Altersvorsorge aufheben"

4.6.19

Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der Union, kündigt an, es werde noch „in diesem Monat“ (Juni) eine Entscheidung geben zu der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten.